## D-1 Gemeinsam gegen rechtsextremen Hass - Deutschland ist vielfältig!

Gremium: Landesausschuss

Beschlussdatum: 29.05.2024

Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsantrag

## **Antragstext**

3

9

11

13

16 17

20

22

24

25

28

29

In den vergangenen Tagen rollte eine Welle des Entsetzens über Deutschland.

Zuvor hatte sich ein an Pfingsten auf Sylt aufgenommenes Video verbreitet, in

dem eine Menschengruppe zu dem Song "L' Amour toujours" die Parolen "Deutschland

den Deutschen!" und "Ausländer raus!" grölte. Als Landesverband Berlin von

Bündnis 90/Die Grünen stellen wir klar: Diese Parolen sind rassistisch wie

beschämend und für uns in keinerlei Kontext akzeptabel.

Uns besorgt, dass vermehrt geläufige und eingängige Werke der Popkultur

8 missbraucht werden, um "Huckepack" rechtsextreme Hetze in Deutschland zu

verbreiten. So verbreitete sich die umgedichtete Version des Textes in den

vergangenen Monaten rasant in Deutschland. Videos, die entsprechende

Musikinhalte zeigten, gingen auf einschlägigen Social-Media-Plattformen,

insbesondere TikTok und Instagram, viral. Verstärkt wird dies durch Algorithmen,

die der Logik der Aufmerksamkeitsökonomie folgen. So trainieren diese viralen

Inhalte wie auch ihre kritische Rezeption die Künstliche Intelligenz der

Plattformen und schaffen zwischen den rassistischen Parolen und dem

missbrauchten künstlerischen Werk eine (ungewollte) Verbindung und generieren

dem zur Schau getragenen Hass noch mehr Reichweite.

Dass dieser Hass — im digitalen wie analogen Raum — auf einen fruchtbaren Boden

fällt, ist nach der "Causa Sylt" nun auch für die bislang Zweifelnden unstreitig

zu erkennen und muss alle aufrütteln! Wir mahnen Plattformbetreibende,

Aufsichts- und Regulierungsbehörden, ihre die Demokratie schützenden Pflichten

ernst zu nehmen. Besonders Jugendliche und junge Erwachsene werden durch die

algorithmisch forcierte virale Verbreitung rechtsextremer und rassistischer

Inhalte auf den Plattformen beeinflusst, rechtsextreme und rassistische Inhalte

werden normalisiert.

Als Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen fordern wir den

27 Bundesfinanzminister auf, die Maßnahmen der Demokratiebildung im Entwurf zum

Bundeshaushalt 2025 auszuweiten! Wir verlangen vom Senat von Berlin, die 2024/25

veranschlagten Bildungsprojekte sicherzustellen und nicht weiter durch pauschale

- Kürzungsvorgaben zu bedrohen! Zugleich fordern wir eine Debatte, wie wir die 30 Sensibilisierung insbesondere junger Menschen gegen demokratie- und 31 menschenfeindliche Botschaften erhöhen können. Auch müssen junge Menschen 32 dringend zu einem sicheren Umgang mit neuen Technologien im digitalen Raum 33 befähigt werden. Die Schule muss gerade jetzt als Ort der Demokratiebildung 34 gestärkt werden, wofür es dringend einen gesamtgesellschaftlichen Pakt braucht. 35 36
  - Es geht um unsere gemeinsamen Grundwerte.